

DIE LINKE war bereit, der SPD entgegenzukommen. Aber nicht um jeden Preis. Das hat DIE LINKE nie verschwiegen. Im Wahlkampf hat DIE LINKE stets klargemacht, dass für sie Inhalte zählen. Dazu gehört der Mindestlohn für Mecklenburg-Vorpommern, ein öffentlicher Beschäftigungssektor, auskömmlich finanzierte Kommunen und gute Bildung für alle. In all diesen Punkten gab es große Übereinstimmung mit der SPD. Trotzdem gab man auf Seiten der Sozialdemokraten der CDU den Vorzug. Damit hat der Parteivorstand der SPD eine klare Aussage getroffen: Wir wollen keinen Politikwechsel, auch um den Preis nicht, dass es mit der CDU keine der dringend notwendigen Veränderungen geben wird. DIE LINKE hat in der nächsten Legislatur also eine ganz klare Aufgabe: gute, fundierte und unbequeme Opposition zu sein. Die Abgeordneten: Simone Oldenburg, Jeaninne Rösler, Regine Lück, Helmut Holter, Peter Ritter, Jacqueline Bernhardt, Dr. Mignon Schwenske, Torsten Koplín, Barbara Borchardt, Prof. Dr. Fritz Tack, Karen Stramm, Dr. André Brie, Dr. Hikmat Al-Sabty und Henning Foerster. (v.l.n.r.)

In dieser Ausgabe:

Landesparteitag Güstrow

Seite 3

Zur Programmdebatte

Seite 5

1. Ausbildungskonferenz

Seite 6

10 Jahre Afghanistankrieg

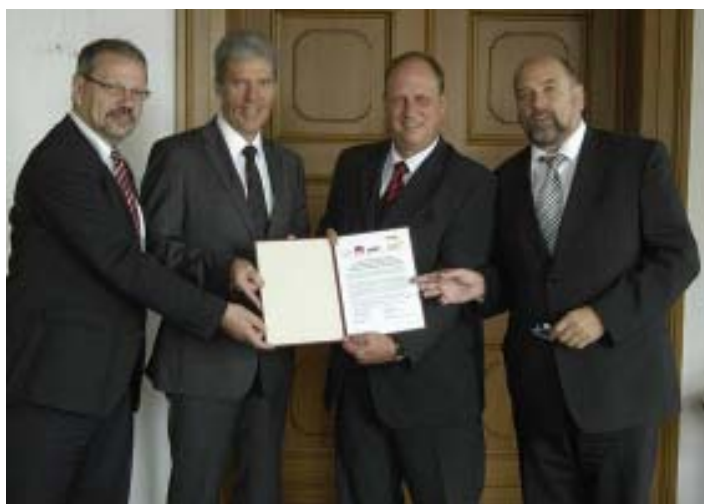
Seite 8

Wir schreiben Zukunft weiterhin mit "Z"



Die neue Landtagsfraktion vor dem Schweriner Schloss

Demokratische Fraktionen gehen den "Schweriner Weg" weiter



Die Vorsitzenden der demokratischen Fraktionen haben heute eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, in der sich SPD, CDU, Linksfraktion und Bündnis 90/DIE GRÜNEN für den Schutz und die Weiterentwicklung der Demokratie aussprechen. Damit setzen die demokratischen Fraktionen den bewährten Schweriner Weg im Umgang mit der rechtsextremi-

Jürgen Suhr (B'90/Die Grünen),
Helmut Holter (DIE LINKE),
Dr. Norbert Nieszery (SPD) und
Harry Glawe (CDU) (v.l.n.r.)

stischen NPD fort. Der demokratische Konsens, der ein geschlossenes Auftreten der Demokratinnen und Demokraten gegen das antidemokratische, rassistische und antisemitische Agieren der NPD vorsieht, müsse auch außerhalb des Parlaments konsequent beschritten werden. Jede und jeder ist an ihrem und seinem Platz gefordert, alles zu tun, damit rechtsextremistisches Gedankengut verschwindet – von der Straße, den Plätzen, aus den Parlamenten und aus den Köpfen.

Wort zum Monat

Von *Stefan Schmidt*,
Vorsitzender
des Kreisverbandes
Schwerin der Partei
DIE LINKE



Sie hat sich entschieden....

die SPD, zwischen einem guten und einem sehr guten Angebot, doch worin bestand wohl der Unterschied zwischen den Angeboten der CDU und der LINKEN? Die CDU, die die Wahlen deutlich verloren hat und offensichtlich mit ihrer Führungsetage alles dafür tun würde, um weiterhin einige Ministerposten besetzen zu können – dafür nun sogar einen Mindestlohn im Vergabegesetz des Landes mittragen würde? Vor der Landtagswahl, die nur einen Monat her ist, undenkbar! Und wir, DIE LINKE? Gestärkt durch ein gutes, wenn auch nicht ganz unseren Wünschen entsprechendes Wahlergebnis sind wir selbstbewusst in die Verhandlungen mit der SPD gegangen. Haben deutlich gemacht, wo unsere Prioritäten für die Politik in den nächsten 5 Jahren liegen – wie wir es auch im Wahlkampf deutlich gemacht

haben: Stärkung der Kommunen, Mindestlohn – wo das Land ihn umsetzen kann, gleichberechtigter Zugang zu Bildung und dazu gehörte auch das kostenlose Mittagessen an Kindertagesstätten und Grundschulen und einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor, der soziale Aufgaben bewältigen kann und den Landeshaushalt kaum belastet, weil er durch Bundes- und Europamittel größtenteils finanziert werden kann.

Die SPD entschied sich jedoch für die leichter nach ihren Wünschen formbare CDU. Für das Land eine fatale Entscheidung. Bedeutet sie doch die Fortsetzung des Stillstandes der letzten 5 Jahre „große“ Koalition. Für unsere Partei heißt das: Verantwortung und Gestaltung aus der Opposition heraus. Der hinter uns liegende Wahlkampf hat gezeigt, wie wir mit guten Aktionen wirksam in die Öffentlichkeit treten können. Die zwei landesweiten Aktionen zum Urlaubsbeginn und der Antikriegsaktionstag haben gezeigt, was unsere Partei noch leisten kann. Nun gilt es auch nach der Wahl weiter als unterscheidbare Opposition zu der Politik der Landesregierung erkennbar zu bleiben und öffentlich zu wirken. Einen ersten Beschluss dazu hat der Landesparteitag am 24. September in Güstrow gefasst.

Wir werden in den kommenden Wochen eine Volksinitiative starten, die zum Ziel hat im Landesvergabegesetz einen Mindestlohn von wenigstens 10 Euro zu verankern – nicht 8,50 Euro wie es SPD und CDU nun planen. Diese 10 Euro sind nämlich not-

wendig, damit ein Mensch, der sein Leben lang gearbeitet hat, im Alter eine Rente erhält, die so hoch ist, dass er nicht auf eine staatliche Unterstützung durch die Grundsicherung der Kommune angewiesen ist. Jeder niedriger angesetzte Mindestlohn wäre somit eine gesetzlich verankerte Altersarmut. Doch zu einer solchen Volksinitiative gehört natürlich eine öffentlich wirksame Kampagne, die von uns auf die Straße getragen werden muss. Hier sind wir alle nach kreativen Ideen für Aktionen gefragt, nach dem Gespräch mit den Menschen - dem Nachbarn im Haus, dem Kollegen auf Arbeit oder den Mitstreitern in Vereinen und Verbänden.

Damit wir glaubhaft eine Alternative für die Menschen darstellen, müssen wir im Alltag für sie erlebbar sein, praktische – einfach erklärbare – Politikangebote machen und bei kleinen Problemen helfen oder auch einfach nur zuhören können. Das haben wir in den vergangenen Jahren vernachlässigt. Aber eine Alternative über das gesellschaftliche System der heutigen Bundesrepublik hinaus, werden wir nur gemeinsam mit den Menschen in unserem Land entwickeln können. Es ist ein schwieriger Weg, um möglichst viele Menschen mitzunehmen, aber der einzige, der am Ende Erfolg haben kann. Opposition beginnt eben im Alltag und der beginnt nach dem Wahltag.

Mit solidarischen Grüßen

Unentgeltliche Mathematik-Nachhilfe — nun für die Klassen 5 - 10 —

Seit nun acht Jahren besteht das Mathematik-Nachhilfe-Projekt unseres Kreisverbandes. Ein Blick zurück stimmt optimistisch. Von Jahr zu Jahr wuchs die Zahl unserer Schülerinnen und Schüler an. So haben wir bereits über 200 Schülerinnen und Schüler bei ihren Prüfungsvorbereitungen erfolgreich helfen können. Mit dem Aufbau unserer Projektwerkstatt „Buntes Q“ im letzten Jahr konnte unsere Nachhilfe nicht nur auf die Klassen 4, 6 und 10 erweitert, sondern diese auch ganzjährig angeboten werden. In den Sommerferien wurden viele unserer 10-Klässler noch mit einem Grundkurs in „Analysis“ für die 11. Klasse fit gemacht. Ein weiterer sechstägiger Feri-

enkurs unter dem Motto „Brüche für Kinder und Erwachsene in 21 Schritten“ ist von vielen Kindern, Muttis, Vatis und anderen Erwachsenen erstaunlich gut angenommen worden und erzeugte viel Spaß und Freude bei groß und klein. Ab Oktober nun starten wir die neuen Nachhilfe-Kurse für das laufende Schuljahr in unserer Projektwerkstatt. Neu ist auch, dass wir nun Nachhilfe-Kurse für die Klassen 5 bis 10 anbieten werden. Dabei werden alle Klassenstufen getrennt und einmal pro Woche unterrichtet, ganz ohne Vorbedingungen. Gutscheine oder ähnliches werden nicht gebraucht. Jede Schülerin und jeder Schüler ist herzlich zu unseren Nachhilfe-Kur-

sen eingeladen. Für einen Nachhilfelehrer allein stellt dieser Projektumfang eine enorme Belastung da. Für jede Unterstützung bei meinem Projekt bin

ich sehr dankbar. Auch stellen kleine Spenden (für Miete) durch die Teilnehmer für den Fortbestand der Nachhilfe durchaus eine Hilfe da. **Torsten Müller**

TERMINETERMINETERMINETERMINETERMINETERMINE

Die Nachhilfekurse, im BuntenQ, Lübeckerstr. 180, beginnen ab dem 07. Oktober bzw. dem 10. Oktober und finden jede Woche zur gleichen Zeit statt.

Klasse 05	montags	von 15.30 Uhr bis 16.20 Uhr
Klasse 07	montags	von 16.30 Uhr bis 17.25 Uhr
Klasse 09	montags	von 17.30 Uhr bis 18.45 Uhr
Klasse 06	freitags	von 15.00 Uhr bis 15.50 Uhr
Klasse 08	freitags	von 16.00 Uhr bis 16.50 Uhr
Klasse 10	freitags	von 17.00 Uhr bis 18.15 Uhr

Zusätzlich biete ich jeden Freitag von 18.15 Uhr bis 19.00 Uhr Gespräche mit allen Schülerinnen und Schülern und auch allen Eltern und Großeltern an.

Außerordentlicher Landesparteitag in Güstrow



Landesvorsitzender Steffen Bockhahn

Jede Wahl benötigt eine genaue Analyse. Dies gilt auch und gerade für eine Partei, um eine Stagnation zu verhindern und die richtigen Schlüsse aus dem Ergebnis des Votums der Bevölkerung zu ziehen. Dazu gehören

auch Auseinandersetzungen auf Parteitag. DIE LINKE ist kein Abnickerverein, sondern eine pluralistische und weltoffene Partei. Das zeigte sich auch in einer Antragsstellung von fünf Genossen, die mit dem

Kurs der LINKEN. MV in den letzten Monaten überhaupt nicht zufrieden waren. Ihr Antrag auf sofortige Abwahl des Landesvorsitzenden wurde von der Antragskommission als unzulässig zurückgewiesen. Steffen Bockhahn stellte daraufhin die Vertrauensfrage und wurde von 83% der anwesenden Delegierten im Amt bestätigt. DIE LINKE hat bei den zurückliegenden Landtagswahlen mit 18,4% ein Ergebnis erzielt, das 1,6% über dem von 2006 liegt. Die CDU hat hingegen deutlich verloren. Dass sie trotzdem für die SPD als Koalitionspartnerin erste Wahl war, liegt nicht an ihrer besseren Eignung und größeren inhaltlichen Schnittmengen mit der SPD in Mecklenburg-Vorpommern, sondern daran, dass sie gefälliger ist

und bequemer. DIE LINKE ist weder das eine, noch das andere. Sie ist unbequem, stellt Fragen und vor allem – sie stellt Forderungen. In ihrem Beharren auf den Mindestlohn für M-V, einer gerechteren und besseren Bildungslandschaft und ausfinanzierten Kommunen wird sie permanenten Druck machen. In den nächsten fünf Jahren wird es Aufgabe der LINKEN sein, im Schweriner Schloss einen entschlossenen und für Rot-Schwarz harten Oppositionskurs zu fahren. Und das wird sie nicht aus Profilierungssucht oder Eigennutz tun. DIE LINKE war und ist der Meinung, dass die Menschen in M-V etwas Besseres verdient haben, als die Beliebigkeit und den Unwillen zu Veränderungen der letzten Jahre.



Helmut Holter während seiner Rede



Abstimmung auf dem Landesparteitag

Kommentar von André Walther: DIE LINKE.M-V – Zerstritten? Landesparteitag hat im Fokus der Medien die Kurve bekommen

„DIE LINKE in MV hat auf ihrem Landesparteitag in Güstrow ihre Zerstrittenheit demonstriert“, titelte ein erster Fernsehbericht des Nordmagazins noch am selben Abend. Diejenigen, die das Glück hatten, sowohl Deligierte als auch Fernsehzuschauer an dem Tag zu sein, mussten feststellen, dass dies schlichtweg falsch war! Allein die Redebeiträge in der Generaldebatte bewiesen, wer miteinander streiten wollte und wer sich mit mehrheitlichen Beschlüssen und Tatsachen

nicht zufrieden geben konnte und aus diesen Beweggründen gegeneinander streiten wollte. Noch interessanter war, dass genau diese „Mitsstreiter“ sowohl die Ergebnisse des Wahlparteitages vom April als auch das stabile Wahlergebnis vom 4. September bis heute nicht verkraftet haben und zu den „Sitzenbleibern“ vom 13. August gehörten. Eine Hand voll Mitglieder unseres Landesverbandes gaben der Partei ein Armutszeugnis für ihre Wahlergebnisse, stellten das Programm und das mitunter neue Personal der Landtagsfraktion

in Frage. Mit anderen Worten hätte ein Rachezug dieser Personen nicht besser zu diesem Anlass inszeniert werden können, denn genau das war die Intension; ein Abwahantrag des Landesvorsitzenden war der Höhepunkt der emotionalen Auseinandersetzungen. Da dies rechtlich nicht durchsetzbar war, bestand Genosse Bockhan darauf, dass der Landesparteitag ihm das Vertrauen aussprechen sollte. Die überwiegende Mehrheit tat dies, bestätigte damit die politische Ausrichtung des Landesverbandes und stand zu den Feh-

lern und zu den schwierigen Rahmenbedingungen der politischen Arbeit der letzten Monate. „Die Entscheidung der SPD mit der CDU eine Koalition weiterzuführen war ein rabenschwarzer Tag für Mecklenburg-Vorpommern“, brachte Genossin Gramkow die aktuelle politische Lage auf den Punkt. „Wir werden unsere Arbeit in der Opposition fortführen bis neue Wahlen stattfinden“, erklärte Steffen Bockhan entschlossen und bekräftigte damit, dass DIE LINKE nicht beliebig ist.

Linkes Denken ist ohne Begreifen der Kategorie Freiheit nicht möglich. Es sind zwei Aspekte, die die Freiheit umfasst. Die „**Kettensprengung**“ ist **Freiheit wovon**, der endlich „**aufrechte Gang**“ des Menschen **Freiheit wozu**. Diese Gedanken beschäftigen eine ganze Reihe Denker von der Antike bis zur Gegenwart, z. B. Spartakus, Epiktet. Letzterer ein Sklave, der von seinem Herrn furchtbar gefoltert wurde. Mit einer Eisenstange wurden ihm beide Beine zerschmettert. Vertreter der griechisch-römischen Stoa kauften ihn frei. Bald entwickelte er sich zum geistigen Führer dieser Wissenschaftlergemeinschaft. In einer Art Sänfte wurde er an den jeweiligen Versammlungsort getragen. Für ihn waren Sklaven Menschen, keine sprechenden Werkzeuge. Goethe hat seine Schriften mit Begeisterung gelesen. („Weder die Schärfe des Aristoteles noch die Fülle des Platon fruchteten bei mir im mindesten, zu den Stoikern hingegen hatte ich schon früher eine Neigung gefasst und schaffte nun den Epiktet herbei, den ich mit voller Teilnahme studierte“/ Dichtung und Wahrheit). Zu nennen wären weiterhin die Albigenser sowie Müntzer (Schaffen von Freiheit durch Beseitigung von Unterdrückung und Elend vor allem der ländlichen Bevölkerung; eine Theologie der Revolution. Heute wird Müntzer in den Schulbüchern unseres Landes meist nicht erwähnt). Zu nennen ist Luther (Er will eine geistlich-christliche Freiheit durch die Gnade Gottes erreichen, die Hilfe wie Menschlichkeit und Humanität für die

Freiheit – ein Wert der LINKEN

*-Einige Gedanken nach den Wahlen-
von Prof. Dr. Rudolf Rochhausen*

Bedürftigen und Unterdrückten bringt /Schrift „Von der Freiheit des Christenmenschen“). Zu nennen sind in diesem Zusammenhang Rousseau, Hegel (Freiheit ist Einsicht in die Notwendigkeit), Engels (Freiheit heißt mit der Notwendigkeit Handeln) Guevara, Bloch, darunter ist auch eine Frau: Rosa Luxemburg (Freiheit ist vor allem die Freiheit anders Denkender).

Dazu der **marxsche Kategorische Imperativ**: Alle Verhältnisse umwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist. Das fundiert nicht zuletzt die wirkliche Freiheit, als wirkliche Gleichheit und Brüderlichkeit. Und macht Identität zu jenem „Eschaton der Freiheit“ (E. Bloch), das sich, da es selbst unterwegs ist, auch nur als Aurora (lat.) mitteilen kann. Das muss näher interpretiert werden. Gemeint ist bei ihm damit u.a., dass in diesem Prozess der Umsetzung vieles falsch gemacht werden kann. Dann bleibt das Ziel der Umgestaltung ein Aufflammen, eine Morgenröte (Aurora), letztlich eine fast jenseitige Vorgabe. Die Volksmassen werden nicht mehr erreicht. 1. Der DDR wurden die sowjetischen Staatsdoktrin mit all ihren Fehlern und

deren sozialökonomischen Entwicklungswege übergestülpt. In der Frage der Diktatur des Proletariats schrieb schon Rosa Luxemburg: „Jawohl Diktatur des Proletariats. Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung. Diese Diktatur muss das Werk der Klasse und nicht im Namen einer kleinen führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d.h. sie muss auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen. **Marx Kategorischer Imperativ** bleibt für die LINKEN stets eine zutiefst schöpferische konkret historische Aufgabe. 2. Der Krieg ist die gefährlichste Form der Ausschaltung des Denkens. In der Rekrutenkompanie war ein geflügeltes Wort der Maate und Obermaate: Das Denken überlassen Sie gefälligst den Pferden, die haben einen größeren Kopf. Ein Krieg kann in der Gegenwart sich zu einem Nuklearkrieg entwickeln und den Planeten Erde unbewohnbar machen. Damit wäre Freiheit für immer erledigt. Freiheit wozu enthält als letzten Sinninhalt, worauf sie sich bezieht die Ein-

heit von Existenz, also nicht nur von Erscheinung und Wesen. Interessant ist auch die Frage nach der Beziehung zwischen Freiheit und Wahrheit. Zu beachten ist dabei der Bezug zwischen Wahrheit und Irrtum, Wahrhaftigkeit und Lüge. Wenn einer glaubt, eine wahre Aussage gemacht zu haben, sie erweist sich aber als falsch, so irrt er. Irrtum ist also nichts Negatives, im Gegenteil, erkannter Irrtum kann durch neues Durchdenken neue Wege zur Wahrheit aufdecken. Anders verhält es sich mit der Lüge. Wenn einer weiß, seine Aussage ist falsch und trotzdem behauptet, sie sei wahr, dann lügt er. Ein Politiker wurde einmal gefragt, warum er nach der Wahl seine Meinung geändert hat. Antwort: Da war ja Wahlkampf. Im Wahlkampf kann man also lügen, denn es geht ja nur um Wählerstimmen. Stimmenfang durch Lügen ist ein übler, aber gängiger Trick und wird von vielen Bürgern nicht erkannt oder aber führt zur Wahlabstinenz. Der Lügner fühlt sich vielleicht unfrei, denn Lügen können aufgedeckt werden, nur die Wahrheit macht frei.

Die Praxis der Wahrheit ist der Sozialismus der Freiheit. Freiheit gehört zum linken Denken. Auf der roten Fahne der LINKEN sollte im Gösch in goldenen Buchstaben **Freiheit** eingewebt sein.

Abschließend sei bemerkt: „Dieses „Freiheit wo von“ ist zutiefst mit dem „Freiheit wo zu“ verbunden – das sollten wir auf unserem politischen Weg stets beherzigen.

Zur Erinnerung

28. August 1941 - Joachim Aust Vertreibung der „Wolgadeutschen“: Unter der Behauptung, „Tausende und aber Tausende Diversanten und Spione, die nach den aus Deutschland gegebenen Signal Explosionen in den von Wolgadeutschen besiedelten Radons hervorrufen sollen“ befänden sich im Wolgagebiet und kein Deutscher habe sowjetische Behörden davon in Kenntnis gesetzt, ergeht ein „Erlass des Präsidiums des

Obersten Sowjets“ der UdSSR: „Über die Übersiedlung der Deutschen, die in den Wolgarayons wohnen“. (Vgl.: „Nachrichten. Organ des Gebietskomitees der KPdSU (B) und des Obersten Sowjets“ der „Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen“ vom 30.08.1941, S. 1!) Daraufhin wird die gesamte wolgadeutsche Bevölkerung aus ihrer Heimat vertrieben und auf verschiedenste Gebiete in der Sowjetunion verteilt (u.a. Omsk, Altai, Nowosibirsk, Kasachstan). Obwohl für die o.g. Behauptungen keine Beweise er-

bracht werden können und dies angesichts der Geschichte der Wolgadeutschen – im Bürgerkrieg nach der Oktoberrevolution von 1917 kämpften wolgadeutsche Regimenter auf der Seite der Roten Armee – auch nicht zu erwarten ist, verlieren die Wolgadeutschen nicht nur ihre Heimat, sondern auch ihre Rechte: Sie werden Zwangsarbeiter in der sowjetischen „Arbeitsarmee“, eigene Schulen werden ihnen verboten, die Männer werden vom Wehrdienst ausgeschlossen. (Trotzdem kämpfen Wolgadeutsche, die ihre Nationalität verheimlichen

können, im Zweiten Weltkrieg in den sowjetischen Streitkräften. Mindestens zehn von ihnen erhalten die höchste sowjetische Auszeichnung für Tapferkeit, den Orden „Held der Sowjetunion.“ Vgl.: „Sputnik“, Sonderheft 1988/89, S. 174 ff.!) Ein ähnliches Schicksal, wie die Wolgadeutschen, erleiden in dieser Zeit auch andere zur UdSSR gehörende Nationen, wie z.B. Tschetschenen, Ingu-schen, Kalmyken, Krimtataren und Angehörige der baltischen Völker. Davon betroffen sind ebenfalls auf sowjetischem Gebiet lebende Firmen.

Beschluss der Stadtteilorganisation Krebsförden zum Mitgliederentscheid/Urabstimmung

Über den Programmentwurf Wir, die Mitglieder der Basisorganisation Krebsförden, fordern hiermit über den Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern den Erfurter Parteitag auf, für den Mitgliederentscheid/Urabstimmung zum Programmentwurf folgendes zu beschließen:

Vom erweiterten Programmentwurf (von 25 Seiten auf 35 Seiten), wird ein Kerntext mit den entscheidenden Grundaussagen zum Mitgliederentscheid/Urabstimmung vorgelegt.

Begründung:

Mit zahlreichen zusätzlichen Textpassagen werden Grundpositionen vieler Strömungen in unserer Partei berücksichtigt und politische Zusammenhänge erweitert sowie aktualisiert. Daran sind viele Handschriften beteiligt. Manche Wiederholungen ziehen sich durch den Programmentwurf. Das ist für den Leser schwer überschaubar.

Beim jetzigen Umfang werden kaum alle Genossen und Sympathisanten den Entwurf lesen, studieren und für eine Bewertung vornehmen. Man kann hoffen und erwarten, dass sich alle Delegierten gründlich damit befassen.

Wenn die Mitgliederbefragung/Urabstimmung nicht zu großen Teilen "blind" erfolgen soll, scheint uns ein sogenanntes Kernprogramm vonnöten. Weitere Zusammenhänge, Einzelorderungen und Positionen sind dann im Gesamtprogramm nachlesbar.

i.A. Wolfgang Kunze
Vorsitzender

Fidel und sein Geburtstag

Die Glückwünsche zu Fidel Castros Geburtstag, die bei etlichen Parteimitgliedern Entsetzen auslösten, trafen bei uns auf Unverständnis. Ein Leben zum Wohle seiner Landsleute und seines Staates gelebt, verdient gewürdigt zu werden. Uns war es ein Bedürfnis für Cuba zu spenden.

Hilde Parchmann Bo 321

- Zur Programmdebatte -

Der neue Programmentwurf (Leitantrag zum Erfurter Parteitag) ist nach unserer Auffassung ein Beitrag zu dem dringend notwendigen weiteren Zusammenwachsen unserer Partei. Aus den in der Programmdiskussion oft sehr gegensätzlichen Standpunkten sind gemeinsame Positionen mit tragbaren Kompromissen entstanden. Meinungsstreit – vor allem auch unter den Funktionsträgern – sollten auf dieser Basis in der Partei auch in unserem Land ausgetragen werden. Appelle dazu sind nur erfolgreich, wenn dauerhafte Taten folgen.

Mit dem neuen, allerdings noch wesentlich längeren Entwurf, ist auch ein breites gesamtgesellschaftliches Konzept entstanden. Viele Bereiche wurden in die Vorstellung von einem demokratischen Sozialismus und damit in die Systemfrage einbezogen.

In den einzelnen Abschnitten werden viele Fragen und Sorgen der Bürger aufgegriffen und Vorstellungen über eine Wende in der Politik angeboten. So gesehen kann das künftige Programm auch als eine Art Nachschlagewerk genutzt werden. Gleichzeitig ist es eine Grundlage für das Ringen um demokratische Mehrheiten.

Einige besonders umstrittene Aussagen standen im Mittelpunkt unserer Aussprache. Wir unterstützen die dazu im Entwurf formulierten Positionen. Die historische Einordnung, die differenzierte Einschätzung der Geschichte der DDR mit den gezogenen Schlussfolgerungen sind eine gute Grundlage, historische Ereignisse und Erinnerungen zu beurteilen.

Die Feststellung vom unwiderföhrlichen Bruch mit dem Stalinismus als System wurde im Entwurf ergänzt: „Die Geschichte der DDR, auch die der SED, auf den Stalinismus zu verkürzen, ist jedoch unhistorisch und unwahr.“ (Zeile 331 bis 335) Diese Ergänzung entspricht unserem Anliegen.

Die Widersprüchlichkeit des Kapitalismus wird deutlicher behandelt. Der eingefügte Abschnitt „Deutschland – eine Klassengesellschaft“ vertieft die Analyse und verschärft die

Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus. Zugleich wird die „Entfaltung des zivilisatorischen Entwicklungspotentials“ gefordert.

Die Einheit von linken Reformprojekten und Schritten gesellschaftlicher Umgestaltung ist deutlicher geworden. „Die Linke ist der Überzeugung, dass ein krisenfreier, sozialer, ökologischer und friedlicher Kapitalismus nicht möglich ist. Aber im Ergebnis gesellschaftlicher und politischer Kämpfe und veränderter Kräfteverhältnisse ist es möglich, eine andere Entwicklungsrichtung durchzusetzen und so auch Ausgangsbedingungen für weitergehende demokratisch-sozialistische Umgestaltung zu schaffen.“ (Zeile 1248 bis 1253)

Der Zusammenhang von Demokratie und Eigentum wurde vertieft. „Demokratische Steuierung der Wirtschaftsentwicklung setzt voraus, die Finanzmärkte zu bändigen und auf ihre eigentliche dienende Funktion für die Realwirtschaft zurückzuführen.“ (Zeile 1037 bis 1039) Die Wirtschaftsdemokratie ist eine tragende Säule des demokratischen Sozialismus. Die Einheit von sozial- und ökologischen Problemen nimmt einen größeren Raum ein. „DIE LINKE sieht den sozial-ökologischen Umbau in Deutschland und Europa als eines ihrer entscheidenden Ziele und als wesentliche Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen an.“ (Zeile 2135 bis 2137)

„Wir fordern die Auflösung der NATO und ihre Ersetzung durch ein kollektives Sicherheitssystem unter der Beteiligung von Russland. Unabhängig von einer Entscheidung über den Verbleib Deutschlands in der NATO wird DIE LINKE, in jeder politischen Konstellation dafür eintreten, dass Deutschland aus den militärischen Strukturen des Militärbündnisses austritt und die Bundeswehr dem Oberkommando der NATO entzogen wird. Wir fordern ein sofortiges Ende aller Kampfeinsätze der Bundeswehr. Dazu gehören auch deutsche Beteiligungen an UN-mandatierten Militäreinsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta.“ (Zeile 2490 bis 2497) Ohne Auflösung der

NATO gibt es nach unserer Auffassung keine europäische Sicherheit. Ihre verhängnisvolle Rolle wird erneut in Libyen deutlich. Formulierungen, die irgendwelche Einzelfallprüfungen bei Beteiligungen an Kampf einsätzen der UNO zulassen, gefährden die Feststellung, für DIE LINKE ist der Krieg kein Mittel der Politik.“

„Parlamentarische Opposition wie auch das Wirken in Regierungen sind für DIE LINKE Mittel politischen Handelns und gesellschaftlicher Gestaltung.“ (Zeile 2716 bis 2717) An die Stelle von „Haltelinien“ tritt im Entwurf eine Formulierung des politischen Gesamtzusammenhangs und der notwendigen Bedingungen für eine Regierungsbeteiligung. Das entspricht unserer Meinung mehr der Realität.

Wir wiederholen unsere Vorschläge für den Entwurf:

In der Zeile 307 sollte vor der Formulierung „unter Druck“ das Wörtchen auch stehen. Ohne diese Einfügung ergibt sich ein Widerspruch zu dem dann folgenden Text.

Nach der Zeile 967 schlagen wir folgende Ergänzung vor: „Chinas Entwicklung ist äußerst widersprüchlich. Seit Anfang dieses Jahrhunderts befindet sich das Land in einer Entwicklungsphase, die dem Sozialismus vorausgeht. Der Ausgang ist offen.“

Chinas bedeutsame Rolle kann nicht ausgeklammert werden.

Basisgruppe 103 Schwerin-Weststadt i. A. Hans Wandt

Impressum

"Offenes Blatt" wird herausgegeben vom Kreisvorstand der Partei DIE LINKE. Schwerin.

Anschrift der Redaktion: Martinstraße 1/ 1A, 19053 Schwerin, Tel.: 0385/ 7587454, E-Mail: info@die-linke-schwerin.de, Internet: www.die-linke-schwerin.de Die nächste Ausgabe erscheint am 04.11.2011, Redaktionsschluss ist der 28.10.2011.

Die Redaktion behält es sich vor, Beiträge zu kürzen oder in einer späteren Ausgabe zu veröffentlichen.

Gemeinsam in die Zukunft geschaut



André Walther

Unter dem Motto "Konzern Stadt" hatte unsere Genossin Angelika Gramkow gemeinsam mit André Walther, Mitglied der Linksfraktion in der Stadtvertretung am 28.09.2011 die mehr als 120 Auszubildenden der kommunalen Unternehmen sowie der Eigenbetriebe und der Stadtverwaltung zur 1. Schweriner Ausbildungskonferenz in die Volkshochschule geladen.

Mit der Durchführung und der inhaltlichen Schwerpunktsetzung waren die Jugend- und Auszubildendenvertretungen (JAV) der Stadtwerke und der Stadtverwaltung vertraut. Ziel und Kern der Veranstaltung war das einander Kennenlernen. "Wir wollen den städtischen Azubis die Möglichkeit eröffnen, den verschiedensten Ausbildungsberufen des kommunalen Wirtschaftsprozesses ein Gesicht zuzuordnen zu können", so Walther, der hauptberuflich Bürokaufmann bei den Stadtwerken lernt und seit eineinhalb Jahren JAV-Vorsitzender ist.

Vom Verwaltungsfachangestellten bis zum Straßenreiner wurde den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die breite Palette der Ausbildungsberufe innerhalb der Landeshauptstadt nahegebracht. Es wurde die Erkenntnis deutlich, dass all diese Berufe für das kulturvolle, abwechslungsreiche und vor allen Dingen qualitative Leben in und um Schwerin einen hohen Beitrag leisten. "Den kommunalen Wirtschaftsprozessen ist ein besonderer

Stellenwert anzurechnen, dessen Zukunft sichergestellt werden muss. Aus diesem Grund hatten wir die gemeinsame Idee einer Ausbildungskonferenz entwickelt, bei der jeder zu Wort kommen soll", so unsere Schweriner Oberbürgermeisterin. Gemeinsam mit Arbeitnehmervertretern und Genossin Gramkow wurden in einer Podiumsdiskussion offene Fragen zu Zukunftsperspektiven und dem Miteinander diskutiert. In Fragen der Jugend zogen alle Seiten erkennbar an einem Strang.

Wichtig war auch der politische Aspekt, für seinen Platz in der städtischen Wirtschaft gemeinsam zu streiten und Ideen zu entwickeln. Um junge Menschen in der Region zu halten, müssen bessere Rahmenbedingungen geschaffen und weiterentwickelt werden. Ein umkämpfter Branchen- und Arbeitsmarkt erfordert gut ausgebildete Nachwuchskräfte, die aber auch eine gute Schulbildung mitbringen müssen.

Eine gemeinsame Stadtrallye rundete das Rahmenprogramm ab, bei der die Azubis ihre schöne Stadt und wichtige städtische Einrichtungen sowie die kommunalen Betriebe kennenlernen konnten. Die Siegerehrung fand im Speicher statt. Bei dieser Gelegenheit konnten sich die jungen Leute in gemütlicher Atmosphäre noch einmal näher ken-



Oberbürgermeisterin
Angelika Gramkow

nenlernen und Kontakte knüpfen. "Eine gelungene Veranstaltung!", so ein Azubi vom Staatstheater. "Weiter so, bitte nächstes Jahr wieder!", fügte eine Auszubildende von der SAS hinzu. "Ich bin überwältigt und stolz, dass die jungen Leute hier zusammengekommen sind und ein deutliches WIR-Gefühl ausstrahlen", so Gramkow abschließend.

Über den gesamten Tag wurden die Azubis von vielen Gästen begleitet und fachlich unterstützt, u.a. von Ute Evers, Bezirksgeschäftsführerin von ver.di, die ein Grußwort hielt und sich sichtlich beeindruckt zeigte, dass die Jugend ihre Geschlossenheit demonstrierte und ein offenes Ohr für ihre Interessenvertretung hatte.



Die TeilnehmerInnen der Ausbildungskonferenz bei der Auswertung der Workshops zu Berufsbildern in der Landeshauptstadt

Herzliche Glückwünsche

Am 16. Oktober begeht unser langjähriger Basisvorsitzender Genosse Dr. Heinz Bunke seinen 85. Geburtstag. Dazu die besten Wünsche für Gesundheit und Wohlergehen von den Genossinnen und Genossen seiner Basisorganisation 126 in der Weststadt.

Die Stadtteilorganisation Krebsförden gratuliert ihrer Genossin Birgit Trübe am 02.10. zum 51. Geburtstag und der Genossin Ingrid Kratschke am 07.10. zum 84. Geburtstag.

Die Basisorganisation 321 gratuliert ganz herzlich am 05.10.

Genossin Hilde Parchmann zum 87., Genossen Heinz Norbert Senk am 08.10. zum 54., Genossen Fred Lassig am 12.10. zum 65. und Genossen Günther Rzehak am 28.10. zum 63. Geburtstag. Die besten Wünsche für das neue Lebensjahr.

Die BO 605 gratuliert nachträglich dem Genossen Fritz Stannies zu seinem 73., dem Genossen Falk Koop zu seinem 45. und dem Genossen Uwe Schierig zu seinem 50. Geburtstag. Am 20.10. begeht der Genosse Rolf Holtzhauer seinen 80. Geburtstag. Die BO 605 wünscht ihm vor allem Gesundheit und noch viel Schaffenskraft.

Genosse Erwin Brückmann hat am 10.10.2011 seinen 86. Geburtstag.

Nein zum Rettungsring aus Blei

Michael Schlecht, MdB – Chefvolkswirt der Fraktion und Gewerkschaftspolitischer Sprecher im Parteivorstand DIE LINKE

Am 29. September stand die Entscheidung zur Ausweitung des sogenannten europäischen Rettungsschirmes, dem EFSF, an. Ich habe gemeinsam mit der ganzen Fraktion DIE LINKE mit Nein gestimmt. Zwei Punkte sind entscheidend: Wir haben abgelehnt, weil alle Hilfskredite mit scharfen Lohn- und Sozialkürzungen verbunden sind. Dies ist nicht nur unsozial, sondern die betroffenen Länder werden noch weiter in die Krise gestürzt. Die Euro-Rettung ist ein Rettungsring aus Blei. Wohin dies führt zeigt sich am brutalsten in Griechenland. 2009, als in Deutschland die Wirtschaft mit fünf Prozent einbrach, hielt sich Griechenland noch relativ gut. Als Merkel dann 2010 die Hilfskredite mit massiven Kürzungen verband, sackte die Wirtschaft um 4,5 Prozent ab. In

Anbetracht der fortgesetzten Knebelung des griechischen Volkes droht 2011 ein noch schärferer Einbruch von mindestens fünf Prozent. Dass so Griechenland nicht auf die Beine kommt, ist offensichtlich. Die Schulden steigen statt zu sinken und die Risiken für die Steuerzahler wachsen. DIE LINKE will einen sofortigen Stopp der Lohn- und Sozialkürzungen sowie der Massenentlassungen. Griechenland braucht vielmehr Aufbauhilfen, so wie Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg Hilfen durch den Marshallplan erhielt. Das deutsche Lohndumping der letzten zehn Jahre war schlecht für die Beschäftigten hierzulande. Es hat zudem Exporte befördert und Importe nach Deutschland ausgebremst. So kam es seit 2000 zu einem Exportüberschuss von

1,2 Billionen Euro. Die Kehrseite davon ist die Verschuldung der anderen Länder, vor allem in der Euro-Zone. DIE LINKE will das Lohndumping beenden, die Binnenwirtschaft stärken und so einen ausgeglichenen Außenhandel erreichen. Ohne das steht es schlecht um die Zukunft Europas. Wir haben abgelehnt, weil alle Hilfskredite gar nicht bei den Menschen in den Krisenländern ankommen, sondern den deutschen, französischen und anderen Banken in den Rachen geworfen werden. Die Hilfskredite dienen nur dazu, die Finanzhaie vor Verlusten zu schützen. Die Banken refinanzieren sich mit günstigen Zinsen von zurzeit 1,5 Prozent bei der EZB. Und verleihen es unter anderem an Staaten. Zum Teil zu skandalösen Zinssätzen. DIE LINKE will,

dass die Staatsfinanzen vom Diktat der Finanzmärkte befreit und das Geschäft mit der Staatsverschuldung beendet wird. Die Finanzierung der Staaten soll direkt durch die EZB mit ihren günstigen Zinssätzen erfolgen, vermittelt über eine öffentliche Bank. Dieser Vorschlag der LINKEN wird nun sogar in der EU diskutiert. Es wurde vorgeschlagen, den EFSF zu einer solchen öffentlichen Bank zu machen. Wer stellt sich dem als erstes entgegen: Die Pennälertruppe von der FDP. DIE LINKE will, dass endlich die Profiteure, die Millionäre zur Kasse gebeten werden. Das Netto-Geldvermögen in der Eurozone beträgt 12 Billionen Euro, die Staatsverschuldung 8 Billionen Euro. DIE LINKE fordert eine EU-weite Krisenabgabe für Vermögende.

Neue Gräben ersetzen alte Mauern!

„Die Mauer zwischen Ost und West ist weg, aber die Gräben zwischen Arm und Reich werden größer. Wer 1990 geglaubt hat, der zunehmende Wohlstand würde zu Gleichheit und Gerechtigkeit führen, der dürfte enttäuscht sein. Die Verteilungsdebatte ist in vollem Gange und überschattet die Erfolge der Bürgerrechtsbewegung. Unsere Gesellschaft ist heute sozial gespalten und geprägt von Ungleichheit. Eine größer werdende Gruppe Armer steht einer reicher werdenden Gruppe Reicher gegenüber.“, sagt Steffen Bockhahn. Zahlreiche Studien belegen ein Verteilungsproblem zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Mittlerweile gibt es ebenso viele Forschungen, die ein gravierendes Verteilungsproblem innerhalb der gesamtdeutschen Gesellschaft erkennen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) veröffentlichte aktuelle Ergebnisse, die sich aus einer Langzeitbefragung von mehr als

20.000 Menschen in Ost- und Westdeutschland erkennen lassen. „Die Deutsche Einheit hat nur eines konsequent verwirklicht, und zwar den Sozialabbau. Der Niedriglohnsektor hat sich in Ost und West gleichermaßen ausgebreitet, die Ungerechtigkeiten auf dem Arbeitsmarkt sind ein bundesweites Problem.“, so Bockhahn. Die Löhne in Ostdeutschland sind noch immer niedriger als in den Alten Bundesländern, doch mit einem sich stark ausbreitenden Niedriglohnsektor haben Ost und West gleichermaßen zu kämpfen. Laut DIW-Studie war das Einkommen der Westdeutschen 2007 am oberen Ende der Einkommensskala um 37 Prozent höher als die vergleichbaren Einkommen in Ostdeutschland. In der Mitte waren sie um 28 Prozent höher. Am unteren Ende der Skala waren die Einkommen gleich. Der Grund ist die Herausbildung eines riesigen Niedriglohnsektors auch im Westen.

Steffen Bockhahn

Termine

Kubanische Fiesta

Die AG „Cuba si“ lädt anlässlich ihres 20-jährigen Bestehens alle Kubafreunde herzlich ein. Gemeinsam freuen wir uns über einen Film, aktuelle Reiseberichte, einen kleinen Imbiss und das alles natürlich bei einem Cuba Libre und bei kubanischen Klängen.

22.10.2011, 15.00 Uhr
Lübecker - Str. 180
Projektwerkstatt BuntessQ

Eintritt: wenn möglich eine kleine Spende, denn unsere Solidarität geht weiter

Bei Interesse bitte Rückmeldung an U.Marek, Tel. 710227.

Rosa-Luxemburg Stiftung

Mit Marx den Kapitalismus begreifen
Ein Lektüreseminar zum Kapital von Karl Marx mit Dr. Jörg Schröder

10. Oktober 2011
19.00 Uhr
Lübecker Str. 180

Die arabische Welt im Aufbruch?

Vortrag und Diskussion mit Dr. Erhard Crome

26. Oktober 2011
19.00 Uhr
Schleswig-Holstein-Haus Puschkinstr. 12

Bundeswehr raus aus Afghanistan

Der Krieg in Afghanistan ist seit dem Einmarsch der USA und ihrer Verbündeten im Jahr 2001 immer weiter eskaliert. Von einer Befriedung kann keine Rede sein. In Afghanistan sind inzwischen über 130.000 NATO-Soldaten stationiert. Dazu kommen 130.000 bis 160.000 private Söldner und Mitarbeiter von Sicherheitsfirmen. Die Kampfhandlungen und die Zahl der Toten, sowohl von Soldaten als auch Zivilisten, steigen von Jahr zu Jahr. Das Jahr 2010 war das blutigste seit Beginn des Krieges. Die Kriegskosten belaufen sich allein für Deutschland auf 17 Milliarden Euro, weitere 5 Milliarden Euro kommen bis 2014 noch hinzu. Im selben Zeitraum wurden gerade einmal 584 Millionen Euro an deutschen Hilfgeldern ausgezahlt. Am 7. Oktober 2011 jährt sich der Beginn des Afghanistan-Krieges zum zehnten Mal. Die

Bundesregierung nimmt dieses traurige Jubiläum zum Anlass, um im Rahmen der internationalen Afghanistan-Konferenz am 5. Dezember in Bonn über das weitere Schicksal des Landes zu beraten. Dort sollen die Weichen für einen angeblichen Truppenabzug und eine neue „Friedensperspektive“ gestellt werden. Doch hinter diesen Worthülsen verbirgt sich nicht mehr als eine große PR-Show der NATO-Staaten. Die angekündigten Maßnahmen zur Afghanistan-Konferenz klingen gut, sind aber in doppelter Hinsicht Augenschwämmerei. So wird ein Truppenabzug bis zum Jahr 2014 verkündet, in Wahrheit will die NATO den Krieg noch bis 2014 ausweiten. Damit sind drei weitere Jahre Krieg und Zerstörung mit vielen Toten und Verletzten garantiert. Und ab 2014 sollen laut NATO mindestens 50.000 ausländische Soldaten dauerhaft in Afghanistan stationiert bleiben.

10 Jahre Krieg in Afghanistan

2001

Proteste gegen Afghanistan-Konferenz

DIE LINKE ruft ihre Mitglieder und Sympathisantinnen und Sympathisanten auf, sich an den Protesten gegen die Afghanistan-Konferenz der Bundesregierung zu beteiligen.

1. September 2011
Internationaler Weltfriedenstag

7. und 8. Oktober 2011
bundesweiter Aktionstag in verschiedenen Städten

3. Dezember 2011
Demonstration in Bonn ab 11.30 Uhr Kaiserplatz

4. Dezember 2011
Alternativ-Gipfel in Bonn

DIE LINKE.

www.die-linke.de/afghanistan

Jungstag in der Landtagsfraktion

In MV fand in diesem Jahr zum ersten Mal der Jungstag statt – als Tag für die Berufswahlreife und Lebensplanung für Schüler ab der 6. Klasse. Gelegenheit für Schüler, die Linksfraktion zu besuchen, um die Arbeit im Landtag und in der Landtagsfraktion kennen zu lernen. Besucht haben uns der 11-jährige Laurenz Beck und Hagen Kleiner, 12 Jahre alt. Wir haben die Jungs eingeladen, damit sie an diesem Tag die Arbeit in der Fraktion hautnah miterleben können. In Gesprächen mit Abgeordneten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie durch Teilnahme an verschiedenen Aktivitäten konnten die Schüler neue Blickwinkel auf ihre Berufswahl erhalten. Was für Mädchen gilt, trifft auch für Jungs zu, bei der Berufswahl sollten gesellschaftliche Rollenzuschreibungen und die Vorstellungen vom typischen Frauen- bzw. Männerberuf überwunden werden. Im Vor-



Helmut Holter informiert die Teilnehmer vom Jungstag 2011 über die Arbeitsweise im Parlament

dergrund sollten vielmehr persönliche Neigungen und Interessen stehen.

Die Jungs erhielten dann auch viele Einblicke. Wie sieht es im Landtagsbereich im Schweriner Schloss aus? Wie funktioniert die Parlamentsarbeit? Wie arbeiten die Fraktionen? Neben diesen grundlegenden Fragen ging es aber um noch viel mehr. Die Schüler haben sich auch mit Themen wie Soziales, Familie und Gleichstellung vertraut gemacht – Bereiche, die eher von Frauen bearbeitet werden. Die Arbeit in der Linksfraktion funktioniert fernab tradierter Rollenklischees. Mit sieben Frauen und Männern haben wir eine geschlechterparitätische Besetzung der Landtagsfraktion, Frauen kümmern sich so selbstverständlich um Wirtschaft und Finanzen, wie Männer um die Gleichstellungspolitik. Wir freuen uns, wenn wir die positiven Erfahrungen aus unserer Arbeit weitergeben konnten. Es ist sehr bedauerlich, dass die anderen Fraktionen am Jungstag 2011 keine Schüler eingeladen haben.